

Die „Vollmacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Grubenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 722.

Vollmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Insertionsgebühr
beträgt für die einseitige
Werbung ober dreien Wochen
20 Pfennige, für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Freitag, den 20. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Arbeiter-Kontrollreue in Grubenbezirken.

Die alte Forderung unserer Bergarbeiter, zur Grubenkontrolle Arbeiter zu verwenden, hat bekanntlich die Regierung im vorigen Jahre veranlaßt, eine Studienkommission nach England, Frankreich und Belgien zu entsenden, wo Arbeiterkontrollreue bereits in den Bergwerken eine segensreiche Thätigkeit entfalten. Herr Bresfeld stand offenbar unter dem Eindruck der furchtbaren Grubenunglücke der letzten Zeit, die zahlreiche Menschenleben gekostet hatten. Die Unternehmerpresse aber erhob ihren alten Ruf, daß Kathago in Gefahr sei, wenn die Arbeiter in das Recht der Grubenherren eingriffen. Der vorliegende preussische Etat sieht in dem Abschnitt, der die Einnahmen und Ausgaben der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung behandelt, die Schaffung von 50 neuen Stellen von Revieraufsichtsbeamten vor. Diese Aufsichtsbeamten sollen so vertheilt werden, daß 34 für den Dortmunder, 11 für den schlesischen und 4 für den Bonner Oberbergamtsbezirk angestellt werden. Die neu geschaffenen Beamten sollen den oberen Werkbeamten erster und zweiter Klasse gleichgestellt und den Revierbeamten in den Steinkohlenbezirken beigegeben werden. Ihre Aufgabe soll es sein, insbesondere den Sicherheitszustand der Gruben fortgesetzt zu prüfen und zugleich die Revierbeamten in ihrem Amte zu unterstützen und zu entlasten. Das ist Alles, was der Etat über die neuen Grubenkontrolleure verräth. Erst die Verhandlungen über den Vergeat werden Näheres ergeben.

Eine Hauptfrage ist, ob den Bergarbeitern irgendwelche Mitwirkung bei der Wahl dieser Revieraufsichtsbeamten eingeräumt wird und ob diese überhaupt aus den Reihen der Arbeiterklasse hervorgehen sollen. Das Natürlichste und Vernünftigste wäre es allerdings, Gerade die Bergarbeiter wissen am Besten in den Schächten Bescheid, in denen sie täglich ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Und das Vertrauen der Kameraden, die sie durch eigene Wahl auf den Posten berufen, giebt auch die Gewähr, daß sie sofort von allen auffälligen und bedenklichen Erscheinungen unterrichtet werden. Die organisierten Bergarbeiter haben zudem auf ihrem Kongress, der sich mit der Frage beschäftigte, für die Wahl eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, die wirkliche Garantie dafür bieten, daß nur geeignete Personen gewählt werden. So wie der Geist der Sozialreform in der Aera Posadowsky beschaffen ist, glauben wir aber nicht, daß den Wünschen der Arbeiter nach dieser Richtung Rechnung getragen werden wird. Die Bresfeld'sche Reform wird voraussichtlich ein durchaus absolutistisches Gepräge tragen. Die Revieraufsichtsbeamten werden von oben herab ernannt werden. Damit würde die neue Einrichtung natürlich viel von ihrer Wirksamkeit und ihrem Werthe für die Bergarbeiter einbüßen. Vielleicht irren wir uns in unserer Vermuthung, aber wir glauben es nicht. Das Nähere werden, wie gesagt, erst die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über diesen Punkt ergeben.

Freisinn und Röllerpolitik.

Die Regierungs- und Hoffähigkeit des Freisinns ist erwiesen! Die Reichsfeinde von ehemals lassen sich in den Triumphwagen — Röllers' einschirren. Und unter den gelenkigen Fackeltänzern, die des Schleswig-holsteiner Oberpräsidenten Haupt im feurigen Glanze erstahlen lassen, schlän-

geln sich am besten die Freisinnigen, um aller Welt zu zeigen, daß sie auch einmal — Leuchten sein können. Aber es sind nicht etwa gleichgültige Parteimulden, die sich an der Defilirtour vor dem Selbstherrscher aller Schleswig-Holsteiner beteiligten — die Wahlvorstände selbst der freisinnigen Vereinigung und freisinnigen Volkspartei haben beschlossen, an dem Arrangement des für Schleswig geplanten Fackelzuges für Röllers mitzuwirken.

Dieser Zug von „nationaler“ Gesinnung war denn selbst der tüchtig gezähmten blas-liberalen „Kieler Zeitung“ zu stark. Sie erlaubte sich, das Unternehmen nicht schön zu finden. Darauf aber rechte sich der Freisinn in seiner ganzen Mannesgröße stolz auf und erklärte in einem Manifest der „Schleswiger Nachrichten“, die „Kieler Zeitung“ könnte ihnen sonst was! Die Leiter des Schleswiger Freisinns — die Erläuterung war unterzeichnet von drei Personen Namens der Freisinnigen Vereinigung und fünf Personen Namens der Freisinnigen Volkspartei — tanzten „voll und ganz“ vor Herrn von Röllers, ohne um die Erlaubnis ihres Parteiblattes zu fragen.

Es steht zu erwarten, daß v. Röllers demnächst zum Ehrenmitglied des wiedervereinigten Freisinns ernannt werden wird, zur Belohnung seiner Ausweitungspolitik.

Aus dem Reich des Herrn v. Röllers

erzählt der nach Schleswig entsandte Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ unter Anderem Folgendes: Eine große Rolle in Nordschleswig spielen die verbotenen dänischen Lieder. Ein Lied, in dem das Wort „Dänemark“ vorkommt, darf nicht gesungen werden, auch nicht in geschlossenen Gesellschaften. Verboten als staatsgefährlich ist sogar die von Björnson gedichtete norwegische Nationalhymne. Verboten ist ein Lied vom längst entschlafenen Herz, das er gedichtet hat, als es noch keine Schleswig-holsteinische Frage gab, in dem die Rede von einem Prinzen ist, der einen Feind bekriegt und ihm eine holde Maid abjagt, die er dann zu seiner Braut nimmt. Warum? Der Prinz muß Dänemark, die Maid muß Schleswig und der Feind muß Preußen bedeuten. Weil eine Frau Weiten über den Zaun gehängt hat, ein weißes Oberbett immer neben ein rothes Unterbett, so hat sie, wie wenigstens ernsthaft erzählt wird, ein Strafmandat bekommen, da das die Farben des Dannebrog sind, und wer den Dannebrog berahrt in sein Zimmer hängt, daß ein Vorübergehender ihn sehen kann und sich dabei in seiner preussischen Gesinnung verletzt fühlt, wird gleichfalls bestraft, weil er damit also ein öffentliches Mergerniß gegeben hat.

Preussische „Geistesfreiheit“.

Der Polizeipräsident von Berlin hatte dem Theaterdirektor Samst die Aufführung des Schauspiels „Das Recht“ von Hermann Haas, welches den Stoff aus dem Prozeß Zietzen nahm, verboten, da ihr ordnungspolizeiliche Bedenken entgegenständen. Direktor Samst erhob erfolgreich beim Bezirksausschuß Klage gegen den Polizeipräsidenten, welcher Berufung beim Obergerichtsgericht einlegte. Das Obergerichtsgericht entschied sich nach dem Antrage des Polizeipräsidenten und machte geltend, daß die Art und Weise, wie hier der Rechtsirrtum der Geschworenen zur Herabwürdigung der ganzen Justiz benützt werde, das Stück ungeeignet mache, öffentlich aufgeführt zu werden, ganz abgesehen davon, ob eine Störung der äußeren Ordnung zu erwarten sei oder nicht.

Die Bekämpfung des Großbetriebs.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Es war leicht vorauszu sehen, daß die Forderung einer Gesetzessteuer für die großen Waarenhäuser sich bald zu der allgemeineren Forderung steuerlicher Bekämpfung des Großbetriebes überhaupt ausweiten würde. Ein neues Anzeichen dafür liegt in der Thatsache vor, daß in der letzten Sitzung des Ausschusses von dem Vorstände des Verbandes deutscher Müller eine an den Reichskanzler und den Reichstag zu richtende Eingabe wegen Einführung einer stufelförmigen Gesetzessteuer für Mühlen beschlossen wurde. Und so wird es weiter gehen.

Je mehr sich diese Bewegung gegen den gesamten Großbetrieb richtet, um so aussichtsloser wird dieselbe werden.

Zur Reform des preussischen Kommunalwahlrechts. Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Kommunalwahlrechts soll, der „Magdeb. Ztg.“ zufolge, erst dem Herrenhause zugehen, aber bis zu seiner Einbringung dürfte noch einige Zeit verstreichen. — Und wenn er endlich kommt, wird er alles Andere eher, als eine Verbesserung sein.

Ausland.

Englisch-französische Wetterwolken.

Herr Chamberlain, Englands Kolonialminister und Hauptwortführer der imperialistischen Ausdehnungspolitik hat am 18. Januar in der Fabrikstadt Wolverhampton eine Rede über die englisch-französischen Beziehungen gehalten. Zunächst hat er Komplimente gedreht für den friedfertigen Theil der französischen Presse und mit wohlwollender Verbeugung gegen die Nachbarn der Befriedigung über die Beilegung des Fashoda-Streitiges Ausdruck gegeben. Dann aber muß sein Temperament mit ihm durchgegangen sein, denn nachdem er die Friedensliebe Englands zunächst laut gepriesen, ist er dem Wortlaut des offiziellen Telegramms zufolge in so herben Ausdrücken über die Franzosen hergefallen, wie sie sonst nur von Staatsmännern, die vorsichtig in ihrem Ausdruck sind, am Vorabend eines Krieges gebraucht werden. Er sagte:

Die zwei Fragen betreffend Madagaskar und Neufundland seien noch unerledigt. Was Madagaskar angehe, so sei die englische Regierung der Ansicht, daß hier ein Kreuzbruch vorliege. Feindliche Verpflichtungen seien ignoriert und umgangen worden. England sei um Vertragsrechte gebracht worden. Der britische Handel habe hierdurch beträchtlichen Schaden erlitten. So lange diese Frage nicht geschlichtet sei, würde ein tiefes Gefühl des Bedrusses beim englischen Volke bestehen bleiben. Die Regierung hoffe und glaube indessen, daß diese Frage für einer für beide Länder annehmbaren Weise ihre Beilegung finden werde. Die Thatsachen betreffend Neufundland ferner böden ein typisches Beispiel einer boshaften Politik, die augenscheinlich darauf ausgehe, den größtmöglichen Ärger und Schaden für andere mit möglichst geringen Vortheilen für ihre Urheber zu verbinden. England wünsche indessen keineswegs die Bestimmungen des Utrechter Friedensvertrages zu umgehen; es wünsche vielmehr, daß die durch denselben Frankreich zugesprochenen Rechte eine genaue Auslegung erfahren, aber nicht ausgedehnt und zu Englands Schaden mißbraucht werden. Wenn diese Rechte einem genaueren Durchsicht unterworfen würden und wenn Frankreich glaube, daß sie Werth für Frankreich besitzen und wenn es willens sei, Anlaß und Quelle der Erregung zu beseitigen, dann werde England bereit sein, die Aufhebung dieser Rechte durch Gewährung einer entsprechenden Entschädigung zu vereinbaren.

Aus Paris verlautet, gestern habe in London eine Unterredung zwischen Lord Salisbury und dem französischen

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreher.

301

(Schluß des vorigen.)

Und nicht zuletzt fühlte er sich durch die hübsche Erscheinung Timpes junior gejeßt. Mit wenigen Worten: es war ein gewisses instinktives Gefühl der Zusammengehörigkeit, das den kleinen Chef und seinen in die Höhe geschossenen Lehrling leitete, bei jeder Gelegenheit ihre Weisheit auszutauschen und wie zwei Menschen zu verstehen, deren Beziehung den Unterschied der Jahre und den Abstand ihrer sozialen Stellung vergessen macht.

So war es denn erklärlich, wenn Urban Franzens Eintreten mit einem kleinen Artilleriefener von Worten begrüßte, das hauptsächlich darauf hinauszielte, aus dem jungen Manne eine gewichtige Person zu machen. Das rothseidene Taschentuch wie eine Flagge in der Hand schwingend, eilte er ihm sofort entgegen, nahm ihn am Arm und schritt auf die fremden Herrschaften zu, um ihn vorzustellen. Und Franz, der diese Auszeichnung zu schätzen wußte und dadurch sicher gemacht wurde, verbeugte sich vor den Damen sehr galant, lächelte verbindlich und küßte der Frau vom Hanse die Hand. Jedesmal, wenn er wieder zurückschleunete und sich emporgerechelt hatte, betrachtete er leicht die Spitzen seiner glattglänzenden Handschuhe und gab sich die möglichste Mühe, mit einer Augenverrenkung die Widerspiegelung seines eigenen Gesichts in einem Spiegelkristall zu erfassen, der hinter ihm das Bild des Abends zurückstrahlte.

Sämmtliche Anwesende saßen zerstreut in dem großen Salon umher; die jungen Leute etwas entfernt in den äußersten Ecken und die älteren im Halbkreis um Frau Urban, die, ganz in schwarze Seide gekleidet, äußerst imponierend sich ausnahm. In ihrer Rechten saßen, in eine bauchige, blaßrothe Robe-

gehüllt, die den Lehnsstuhl förmlich vergaß. machte sich Frau Kamm, die Gattin des Dachpappenfabrikanten in der Köpfniederstraße, bemerkbar. Ihr auffallend kleines Gesicht zeigte so gesunde, rothe Wangen, daß man es erst mit einiger Nähe aus dem Gewirr von gleichfarbigen Spitzen und Wuschschleifen heraus erkennen konnte. Wenn sie sprach, kispelte sie nur, so daß die meisten ihrer Worte verloren gingen und sie aus alter Angewohnheit, ohne daß sie gefragt wurde, jeden Satz dreimal wiederholte. Der große, mit Federn besetzte Atlasfächer bewegte sich schwirrend wie ein Riesenschmetterling auf und ab, wobei in den weiten Ärmeln ein sehr lächerlicher Unterarm sich zeigte, der den stillen Kummer ihres Gemüths bildete. Dieser selbst, ein hagerer, langer Herr, der, bevor er in das Gespräch sich mischte, seine Frau ausreden ließ, stand hinter ihr, auf die hohe Lehne eines geschmückten Stuhles gestützt, und nicht sehr verbindlich nach jedem Worte, das Frau Urban zu ihm sprach, so daß auf die Dauer die Ähnlichkeit mit einem riesigen Spatzvogel des Berliner Weihnachtsmarktes nicht ausgeschlossen bleiben konnte. Er hielt sich äußerst zurück und wagte selten eine eigene Meinung. Eingeweihte behaupteten, diese Neutralität hinge mit der Thatsache zusammen, daß Frau Kirchberg, gewordene Frau Urban, eine erste Hypothek auf seinem Grundstücken besitze, deren Rüdigung jeden Tag erfolgen könne.

Außerdem gehörten zu diesem Cercle noch drei andere Ehepaare: ein sehr vermöglicher Weingroßhändler nebst Frau, dem man sein Gewerbe sehr deutlich an der Nase ansah, und welcher bei jeder neuen Zusammenkunft die heilige Versicherung bereit hatte, daß Paris, wo er einige Jahre gelebt hatte, unbestreitbar die großartigste Stadt der Welt sei; ein Korporal, sehr für Kunst schwärmender Rentier mit einer Gattin, die in Verzückung geriet, wenn ihr Mann sprach, und ein reicher Tuchhändler aus der Königsstadt, dessen viel jüngere Ehehälfte ihm an Bildung weit überlegen war und daher jeden günstigen Moment benutzte, bei geistreichen Gesprächen

für ihren Mann das Wort zu ergreifen. Dieser gab dann den Kampf sehr bald auf und zog sich in eine stille Ecke zurück, wo er in Gesellschaft des Weingroßhändlers über die Verschäcker des edlen Nebenbalters das Lobesurtheil fällte und ein Glas nach dem andern leerte. Der letztere glaubte dann den Augenblick gekommen, der eine Ueberreichung seines Preistourantes notwendig mache. Der Tuchhändler versprach zu bestellen, that es aber niemals. Er besaß bereits eine ganze Kollektion derselben Karten. „Soll ich einmal meiner Frau imponiren und eine Rede halten?“ sagte er dann in selbiger Stimmung. — „Thun Sie es lieber nicht. Die Wirkung dieses Weines, der aus meinen Kellern stammt, ist unberechenbar. Sie könnten in Schwung kommen und heute nicht mehr aufhören“, rief der Weinhändler ihr ab. Man trank dann ruhig weiter.

Interessant für den Schönheitsenthusiasten war jedenfalls nur die jüngere Generation, die größtentheils in enger Beziehung zu der älteren stand. Fraulein Therese Kamm, die intime Freundin Emmas, pflegte an solchen Abenden gesprächiger zu sein und den jungen Männern gegenüber viel von ihrer Schüchternheit zu verlieren. Ihre Mutter hegte in derartigen Minuten die größten Hoffnungen und verfolgte sie mit leuchtenden Blicken, sobald sie wahrnahm, daß einer der jungen Männer ein längeres Gespräch mit ihr angeknüpft hatte.

„Sehen Sie nur, meine Liebe“, sagte sie dann leise zu Frau Urban, „sieht meine Therese nicht reizend aus? Sie wird gewiß noch einmal eine glänzende Partie machen.“

Der Weingroßhändler hatte seinen Sohn mitgebracht, einen sehr liebenswürdigen, blondgelockten jungen Mann, der in einem Konservatorium wohnt studirte, den ganzen Abend über von Beethoven schwärmte und schnüßig auf den Augenblick wartete, wo die Damen ihn auffordern würden, sich ans Piano zu setzen, um von seiner Kunstfertigkeit etwas zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

lokales und Provinziales.

Breslau, den 19. Januar 1899.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die Schlacht um die Schlachtsteuer hat endlich begonnen, aber beendet ist sie noch nicht! In der gestrigen dreißigstündigen Sitzung sind nur sieben Redner zu Worte gekommen und eine stattliche Reihe weiterer Redner hofft noch in der nächsten Sitzung sein Sprüchlein herzusagen zu können. Die gestrigen Verhandlungen, die ein so zahlreiches Publikum herangezogen hatten, daß der Zuhörerraum überfüllt war, gehören gewiß zu den interessantesten unserer Stadtverordneten-Versammlung. Gegen die Aufhebung der Schlachtsteuer sprach nur der Herr Oberbürgermeister und auch dieser schlug einen sehr resignierten Ton an. Es ist kein Zweifel, das Ende dieser volksbedrückenden Steuer naht, und es ist nur die Frage, wie lange man den Todesstampf des abscheulichen Wesens dauern lassen will. Da gehen die Meinungen freilich sehr auseinander. Der Referent, Stadtv. M u g d a n, plaidierte in etwas jaghafter Weise für die vollständige Abschaffung. Sehr entschieden forderte das Gleiche unser Genosse B r u h n s und ebenso trat für die totale Beseitigung ein — ein Magistratsmitglied, Herr Kammerer K ö r t e. Dagegen wollten die übrigen Redner, die Stadtverordneten S o m b a r t, H e i l b e r g und J o h n in Rücksicht auf den erheblichen Einnahmeausfall und die Schwierigkeit, diesen zu ersetzen, eine allmähliche Beseitigung der Steuer. In hohem Maße interessant waren die Ausführungen des Prof. S o m b a r t, der sich nicht auf eine treffliche, geradezu prächtigende Kritik der verderblichen Wirkungen der Schlachtsteuer beschränkte, sondern einen weiten Ausblick eröffnete auf die Kommunalpolitik der Zukunft, eine Aussicht, die bei der Mehrheit unserer Stadtväter freilich wenig Beifall, aber viel ironisch gefärbte Heiterkeit verursachte. Mit dem Steuerbouquet, das Herr Dr. S o m b a r t als Ersatz für die Schlachtsteuer in Aussicht stellte, hat er unseres Erachtens allerdings keinen sehr guten Griff gethan. Herr H e i l b e r g möchte wohl, er kann aber nicht. Er glaubt nicht an die Möglichkeit, jetzt schon die ganze Schlachtsteuer beseitigen zu können und will daher diesem Hund den Schwanz stückweise abhacken. Unser Genosse B r u h n s hat in ebenso sachlicher wie entschiedener Weise den Standpunkt unserer Partei und die Interessen der Arbeiter vertreten. Es war besonders gut und notwendig, daß unser Redner den Herren Liberalen einen Spiegel vorhielt, in welchem sie sich als entragte Bekämpfer der von den Junkern herbeigeführten Fleischsteuer bewundern konnten. Wir verweisen hier nur auf die unten folgende, möglichst ausführliche Wiedergabe der Rede des Genossen B r u h n s. Die Rede des Herrn J o h n bot einige humoristische Wendungen und fand daher den Beifall derjenigen Zuhörer, die etwas von dem sehr undeutlich sprechenden Redner verstanden hatten. Sehr ernst verteidigte Herr J o h n, angeregt durch eine Bemerkung B r u h n s über Dienstbotensteuer und Dienstbotennot, die armen Herrschaften gegen die bösen Dienstboten. Und ebenso ernst meinte es der Herr offenbar mit dem jamaikanischen Vorschlag — eine Ziegelsteuer zu erheben. Herr Oberbürgermeister B e n d e r hatte die Aufgabe, unseren Kapitalisten gruselig zu machen vor den Folgen der radikalen Aufhebung der Schlachtsteuer, ihnen das Gespenst der drohenden Vermögenskonfiskation gewissermaßen vorzuführen und er hat, wie wir ihm bezeugen können, seine Sache recht gut gemacht. Wenn nur nicht der böse Kammerer K ö r t e gewesen wäre, der mit einigen kräftigen Bewegungen das so schön dargestellte Gespenst wieder verschonte. Er sprach ganz offen aus, daß ein günstiger Augenblick für die vollständige Aufhebung der Schlachtsteuer wie der gegenwärtige niemals wiederkommen werde. Mehr kann man von dem Breslauer Finanzminister doch wohl nicht verlangen?

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung kam nach einigen unwesentlichen Mittheilungen folgende Vorlage zur Verhandlung:

Forterhebung der Schlachtsteuer. Die Versammlung soll sich damit einverstanden erklären, daß die Schlachtsteuer vom 1. April 1899 ab weiter als Gemeindesteuer erhoben und die erforderliche staatliche Genehmigung hierzu eingeholt wird, und daß die Erhebung dieser Steuer, wie bisher, durch die Organe der königlichen Verwaltung der indirekten Steuern gegen eine mit derselben zu vereinbarende möglichst gering zu bemessende Vergütung erfolgt.

Stadtv. M u g d a n als Berichterstatter: Ich glaube, wir sind mit dem Magistrat darin einig, daß die Schlachtsteuer schwere wirtschaftliche Nachteile zur Folge hat. Im Gegensatz zum Magistrat bin ich nun der Ansicht, daß nur die wirtschaftlich günstige Lage die Frage einer Aufhebung der Schlachtsteuer näher rückt. Man muß die gesamte Finanzlage in Betracht ziehen und sich fragen, ob wir die Schlachtsteuer heftigen können. Ich bin überzeugt, daß wir das im Stande sind. Wenn die Schlachtsteuer fällt, können wir eine höhere Abgabe für die Benutzung des Schlachthofes fordern. Außerdem werden wir voraussichtlich mit einem bedeutenden Ueberschuß abschließen und durch die neuen Beiträge mit den Straßendehnen werden uns auch erheblich mehr Beträge als bisher zufließen. Wir können deshalb die Finanzlage für das nächste Jahr nicht als ungenügend bezeichnen und sollte eine wirtschaftliche Depression eintreten, so müßten wir uns eben auch ohne Schlachtsteuer klarstellen. Wir wäre es am liebsten, wenn die Schlachtsteuer auf einmal abgeschafft würde; wir schaffen dann freie Bahn für den jetzt eingetragenen Verkehr und erwiesen der Volksernährung einen großen Dienst. Redner verliest darauf eine von den Fleischern ausgehende Petition gegen die Schlachtsteuer; ferner kommt er auf das Flugblatt der „liberalen Bürger“ zu sprechen, in dem von „Fleischwucher“ die Rede sei und mit Redensarten herumgeworfen werde, die in Volksversammlungen den Beifall der unheilvollsten Masse fanden. (2) Redner ersucht, die Vorlage dem Finanzausschuß zu überweisen.

Stadtv. S o m b a r t: Ich habe mich zum Wort gemeldet, obgleich ich dasselbe vorzuziehen würde, wie der Referent. Es kommt mir aber darauf an, das, was er sagt, mit der nötigen Schärfe zu sagen. Als ich von der Vorlage zuerst hörte, habe ich geglaubt, hier eine sehr bewegte Rede halten zu müssen, habe aber nach Rücksprache mit Herren der Versammlung und des Magistrats den Entschluß empfangen, als ob der Schlachtsteuer das Urtheil schon gesprochen sei. Wenn der Referent bemerkte, daß die Schlachtsteuer wirtschaftliche Schäden zur Folge habe, so ist das viel zu milde. Die Schlachtsteuer ist eine Steuer, deren sich eine Kommune am Ende des 19. Jahrhunderts zu schämen hat, (Unruhe und Zustimmung) und ich glaube, wir schämen uns auch. Sie ist eine Steuer, die nur ungleichmäßig progressiv wirkt. Nach der Salz- und Brot-Steuer trifft dies auf die Fleisch-Steuer am meisten zu. Bei einem Einkommen von 1000 Mark beträgt die Ausgabe für Fleisch 10 bis 15 Prozent des Einkommens, bei 3000 Mark

10 bis 25 Prozent, bei 10,000 Mark 8 Prozent, bei 20,000 Mark 6 Prozent, bei 100,000 Mark Einkommen 3 Prozent. Also die kleinen Einkommen tragen prozentual viel mehr zur Schlachtsteuer bei. (Unruhe) Diese Zahlen sind durch eine Taqueté festgelegt. Am meisten belastet durch die Schlachtsteuer wird der Mittelstand. In einer rationellen Ernährung bedarf eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern einen Jahreskonsum von Fleisch für 360 Mark, der aber erst bei einem Einkommen von 3000 Mark möglich ist. Wenn Sie berücksichtigen, daß hier über 1800 Mark jährliches Einkommen nur 5 Prozent haben, so ergeben sich daraus, daß 95 Prozent der hiesigen Bevölkerung unternormal ernährt sind. (Unruhe) Breslau steht überhaupt hinsichtlich des Fleischkonsums hinter anderen Städten zurück; er ist hier viel geringer. Der Fleischkonsum beträgt pro Kopf und Jahr in Köln 62 Kgr., Koblenz 68 Kilogramm, Berlin 76 Kilogramm, München 80 Kilogramm, Dresden 85 Kilogramm, in B r e s l a u nur 43 Kilogramm. Der Fleischkonsum war früher in Breslau höher; seit den sechziger Jahren ist er zurückgegangen. Nun wird man sagen, daß hier so wenig Fleisch gegessen wird, liegt eben daran, daß die Bevölkerung so arm ist. Das sollte uns doch erst recht veranlassen, Alles zu betheiligen, was eine Vertheuerung des Fleisches herbeiführt. Der geringe Fleischkonsum wird aber auch erklärt durch die hohen Fleischpreise in Breslau. Mindestens kostet in Breslau z. B. 1,40 Mk. pro Kgr., in Berlin nur 1,07 Mk. Schweinefleisch hier 1,45, in Berlin nur 1,40 Mk.; überdies wird Breslau in der Höhe der Fleischpreise nur noch von Kiel und Lauen, wo ebenfalls noch die Schlachtsteuer besteht. Man wird auch sagen, daß nach Aufhebung der Steuer die Fleischpreise erheblich sinken werden. Das ist aber ebenso wenig ein Grund, die Schlachtsteuer aufrecht zu erhalten. Ich bin nicht dafür, durch hohe Schlachthofgebühren das zu erzwingen, was uns durch die Steuer verloren geht; das heißt den Leuten mit Viehgebud austreiben. (Heiterkeit.) Hoffentlich kommen wir einmal in Breslau zu Markthallen, die stehend auf die Fleischpreise anderwärts einwirkt haben. Die Frage nach dem Ersatz für die Schlachtsteuer ist dahin zu beantworten, daß sie nur fallen kann mit einer vollständigen Steuerreform; darauf sollten wir die Vorlage mit Freuden begrüßen, weil sich uns jetzt eine Gelegenheit bietet, das Steuerwesen einer Reform zu unterziehen, die sehr Noth thut. Unser Steuer-System muß in engstem Zusammenhang gebracht werden mit anderen Aufgaben, die wir zu lösen haben. Ich sehe da die Regelung des Verkehrswezens, Stellungnahme zu der großen Revolution im Gebiete des Handels und Gewerbes, Regelung der Wohnungsfrage und die Sozialpolitik. Ich habe die Empfindung, daß eine Zeit kommen wird, in welcher wir keine Steuern brauchen, sondern die Ueberflüsse aus den städtischen Betrieben hinweg zu streifen und die Sozialpolitik. Ich erlaube mir schon damals, als wir die „Barack“-Commission wählten, eine Revision der Gewerbesteuer vorzuschlagen; eine progressive Gewerbesteuer wäre das Beste. In Sachen der Wohnungsfrage kennen Sie mich ja schon als enfant terrible. Eine Bauplatzsteuer würde ich da. (Zuruf des Kammerers Körte) Ferner wäre es empfehlenswerth, den steigenden Grundwerth für die Stadt nutzbar zu machen. Jedenfalls werden wir uns nach derartigen Steuern umsehen müssen. Hierins die Sozialpolitik, deren Erhöhung in der Stadtverordneten-Versammlung Grufeln hervorruft; (Widerpruch) wenn nicht, um so besser, meine Herren. Ich verweise nun unter Sozialpolitik — der Begriff ist noch sehr unklar — den Ausgleich der Löhne innerhalb der Schichten der Bevölkerung so, daß in ganz anderem Umfang wie bisher, die kräftigen Schichten tragen und die schwachen entlastet werden. (Beifall.) Gerade die reicheren Leute können wir nicht in der gewöhnlichen Weise zum Steuern zahlen heranziehen, dagegen müssen die beiden unteren Einkommensstufen fallen. Das wird uns aber freilich keinen Ersatz schaffen für die Schlachtsteuer. Wir brauchen daher andere Surrogate: Verbrauchssteuer, Biersteuer, Brauabgabe, Weinsteuer. Es bleibt uns ferner die Zugsteuer, von deren Schwäche ich übrigens vollständig überzeugt bin. Wir dürfen uns nicht abhalten lassen, es mit einigen Steuern zu versuchen. Ich habe mir da mehrere aufgeschrieben, von denen jede etwa 100 000 Mark bringt (Heiterkeit); es kann auch etwas weniger sein. (Große Heiterkeit.) Da wären z. B. eine Equipagensteuer, Fuhrwerksteuer, Dienstbotensteuer, Klaviersteuer. (Heiterkeit) Ferner könnten wir daran denken, die Luftbarkeiten noch mehr zu besteuern. Was dann noch fehlt, muß durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werden. So lang die beiden unteren Stufen mit besteuert werden, würde ich höhere Zuschläge für bedenklich halten; bei ihrem Wegfall könnten wir dagegen viel freier arbeiten. Wenn wir so die Steuerreform vornehmen, könnten wir wohl das Ziel erreichen. Ich sehe in der Ueberweisung an den Ausschuß die Gefahr, daß die Sache zu geschäftsmäßig behandelt wird, deswegen bitte ich um Verweisung an eine besondere Kommission (Beifall.)

Stadtv. H e i l b e r g stimmt der Kritik des Vorredners im Wesentlichen zu. Mit der Schlachtsteuer müsse aber auch die Wils- und Geflügelsteuer fallen. Wenn wir den Antrag des Magistrats ablehnen, müssen wir doch mit realen Vorschlägen kommen. Ich glaube aber nicht, daß wir schon am ersten April die Schlachtsteuer vollständig aufheben können; das wird vielleicht in den nächsten Jahren noch nicht möglich sein. Ich bin dafür, daß wir die Schlachtsteuer ratenweise aufheben. Dies werden wir beschließen müssen. Was den Ersatz für die Schlachtsteuer anlangt, so bin ich nicht der Ansicht des Vorredners, obwohl ich der Meinung bin, daß wir die Gelegenheit zu einer Steuerreform benutzen sollen. Freilich wird es nicht angehen, auf all die Vorschläge des Herrn Vorredners einzugehen. Die Bauplatzsteuer vor allem ist so unpraktisch, daß sie in Berlin wieder aufgehoben wurde. Eine Grundsteuerreform wäre allerdings sehr wünschenswert und das Kommunalabgabengesetz giebt uns dazu auch Handhaben. Bei der Gewerbesteuer wird sich nicht viel machen lassen. Den Konsumverein können wir nicht in der verlangten Weise heranziehen, da dies die Staatskasse nicht zulassen. Beiträge von denen, die durch eine kommunale Veranstaltung besonders bevorzucht sind, könnten dagegen nach zur Anwendung kommen; doch ist auch hier Vorsicht geboten. Redner bittet, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen mit dem Auftrage, eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Schlachtsteuer zu bringen. Wenn wir in Ruhe arbeiten, werden wir etwas erreichen, worüber wir uns dann ab freuen.

Stadtv. B r u h n s: Die trefflichen und erschöpfenden Ausführungen des Herrn Prof. S o m b a r t über die Ungerechtigkeit und schädlichen Wirkungen der Schlachtsteuer erleichtern meine Aufgabe wesentlich. In der That verlegt die indirekte Steuer auf Lebensbedürfnisse den Fundamentalfall einer gerechten Steuerpolitik. Die Steuerbelastung nach der Steuerfähigkeit zu bemessen, auf das Schwerste. Eine Steuer auf Lebensmittel belastet den Armen um so mehr, je ärmer er ist und je größer seine Familie ist. Die geringen Löhne der Arbeiter machen diesen eine gute Ernährung unmöglich und unter solchen Umständen erscheint mir die Vertheuerung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Fleisches, durch eine Steuer wie ein Verbrechen am Volke (Unruhe und Widerspruch!) Ja, meine Herren, als ein Verbrechen an der Gesundheit, der Arbeitsfähigkeit und Kraft des Volkes! Und das trifft ganz besonders für unser Breslau zu, denn hier stehen die Löhne der Arbeiter erheblich niedriger, wie in irgend einer anderen deutschen Großstadt. (Widerpruch) Ich kann das mit Zahlen belegen. Das die Arbeiter die hohen Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne auszugleichen streben, ist selbstverständlich. Wenn aber dies Streben der Arbeiter durch Beschränkung der Kooperationsfreiheit und ähnliche Mittel verhindert wird, wie gerade gegenwärtig wieder, dann sollte es doppelt Pflicht jedes gerecht denkenden Mannes sein, durch Beseitigung der Lebensmittelsteuer die traurige Lage der Arbeiter wenigstens in etwas zu verbessern. Auch ein Hinweis auf das Verhältniß zwischen Schlachtsteuer und Kommunalwahlrecht dürfte hier am Platze sein. Es ist kein Zweifel, daß, wenn wir ein gerechtes Kommunalwahlrecht hätten, etwa wie das Wahlrecht zum Reichstage, sehr viele der hier anwesenden Herren nicht hier säßen. (Heiterkeit.) Freilich gibt es Herren, die da meinen, es sei ganz in der Ordnung, wenn der größere Steuerzahler auch ein größeres Wahlrecht besitze, die den größten Schaden als den zunächst Berechtigten im Gemeinderath ansehen wollen. Sogar liberale Leute sind dieser Ansicht. (Wider-

pruch.) Ich habe schon „liberale“ Leute schon kennen gelernt. Und dabei haben solche Leute nicht einmal von ihrem Standpunkt aus Recht, denn sie zahlen gar nicht einmal, wie sie meinen, das Meiste in die Steuerkasse. Mehr wie ein Fünftel der Gesamtsteuersumme wird durch die Schlachtsteuer aufgebracht und diese zahlt zum allergrößten Theil die Masse der armen, nicht wahlberechtigten Arbeiter! Niemand kann die Ungerechtigkeit dieser Steuer leugnen und doch behauptet sie immer noch im liberal regierten Breslau, während schon vor rund fünfzig Jahren das reaktionäre Ministerium Planteuffel sie für ganz Preußen abschaffen wollte. Auch heute noch hat die Schlachtsteuer wie die indirekten Steuern auf Lebensmittel überhaupt viele Freunde. Warum? Erstens, weil solche Steuern die Bestenben vor einer erheblich größeren Last direkter Steuern bewahren. Das gilt auch für die Breslauer Schlachtsteuer. (Widerpruch) Gewiß, meine Herren, Sie werden die Schlachtsteuer im Wesentlichen nur durch eine Erhöhung der direkten, insbesondere die Wohlhabenden treffenden Steuern ersetzen können. Und zweitens bieten indirekte Steuern erhebliche praktische Vorzüge. Der Steuerzahler merkt nicht, daß er hohe Steuer zahlt, indem er diese in höheren Preisen für seine Lebensmittel zahlt. Die ganze Herrlichkeit der jetzt herrschenden wäre längst vorüber, wenn man den Arbeitern die ungeheuren Summen, die sie jetzt in indirekten Steuern auf ihre unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse entrichten, in barem blanken Gelde direkt aus den Taschen nehmen wollte! (Unruhe) Zur Erhebung der Lebensmittelsteuer braucht man keine Vollzugsbeamten, keine Exekutoren, Niemand kann sich der Zahlung entziehen, wenn er nicht hungert, seine Gesundheit und sein Leben riskiren will. Diese Annehmlichkeiten der indirekten Steuern schaffen ihnen so warme Anhänger in den Kreisen der Wohlhabenden. Aber das sollte kein Grund sein für wahrhaft liberale Männer, solche Steuern beizubehalten. Die Schlachtsteuer muß fallen, nicht stückweise und allmählich, sondern vollständig und sofort! Meine Herren Liberalen, gestalten Sie mir, Sie an das Programm zu erinnern, mit dem Sie in den Reichstagswahlkampf zogen. Dort heißt es u. A.: Wir wollen Entlastung der Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Zöllen und Steuern. Und lassen Sie mich Sie erinnern an Ihre scharfe Agitation gegen die von den Agrariern erstrebte Fleischvertheuerung, gegen die Grenzsperrre u. dgl. Ich sehe die Herren der Freistämigen bei der jüngsten Fleischmarktdebatte im Reichstage nicht verurtheilen. Nun, hier haben Sie die Macht, Ihre schönen Worte in Thaten umzusetzen, jetzt können Sie sie längst schon hätten thun müssen, thun: Eine drückende Steuer auf das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes beseitigen. Die Breslauer Arbeiter, die im letzten Jahre mit Ihnen den Kampf gegen politische und wirtschaftliche Reaktion kämpften, dürfen wohl erwarten, daß Sie von der Gelegenheit ergreifen und im eigenen Hause erfüllen, was Sie im politischen Kampfe versprochen haben. Sonst dürfte der Vorwurf, daß Ihre Grundzüge nur auf dem Papier stehen, ja daß Sie politische Heuchelei sich schuldig machten (Widerpruch), mit Recht gegen Sie erhoben werden!

Wie soll aber der Ausfall an Einnahme gedeckt werden? Es handelt sich um etwa zwei Millionen Mark, denn selbstverständlich muß auch die Wils- und Geflügelsteuer fallen (Zustimmung). Mit den hier angebotenen Hilfsmitteln kann ich mich nicht befremden. Zugunsten auf Wein, Equibagen mögen ja zur Noth annehmbar erscheinen, obwohl sie wenig bringen, aber gegen eine Fahrabgabe und eine Dienstbotensteuer müßte ich mich entscheiden erklären. Erstere würde der Ausbreitung eines neuen, äußerst wichtigen und nützlichen Verkehrsmittels entgegen wirken und die Dienstbotensteuer würde in letzter Linie doch von den Dienstboten selbst getragen werden (Widerpruch); gewiß, indem man diesen die Steuer vom Lohn und von der Nahrung abwandelt (Widerpruch) M. S., es giebt zahlreiche Herrschaften — die Anwesenden sind natürlich sämmtlich ausgenommen (Heiterkeit) —, die ihre Dienstboten miserabel behandeln und entlohnen und die sog. Dienstbotennot ist zum großen Theile diesen Ursachen entsprungen (Widerpruch). Auch die Vorschläge betreffs hoher Besteuerung der Waarenhäuser, des Konsumvereins u. dgl. sind ganz unbillig. Eine solche Besteuerung würde wieder auf eine mehr oder weniger erhebliche Erhöhung der Preise wichtiger Lebensbedürfnisse der Arbeiter hinauslaufen, würde die Arbeiter auch sonst mittelbar und unmittelbar schädigen, ohne den Kleinhandlern die ersehnte Hilfe im Konkurrenzkampf zu bringen. Daß eine hohe Besteuerung der Waarenhäuser u. dgl. trotz mancher un erfreulichen Begleiterscheinung doch sicher kulturfördernde Entwicklung des Großbetriebes im Handel zurückhalten würde, will ich nur beiläufig erwähnen (Zwischenruf b. d. Konservativen). M. S., wir finden noch Gelegenheit, uns darüber näher zu unterhalten. Es bleibt, um den Steueranfall zu decken, im Wesentlichen nur eine Erhöhung der Einkommen- und der Realsteuern. Ich weiß, daß auch Letztere mehr oder weniger als indirekte Steuern wirken, von den Hausbesitzern auf Mieter u. abgemildert werden. Aber um eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer kommen wir doch nicht weg, wenn auch die Erhöhung der Einkommensteuer grundsätzlich das Richtiger ist. (Zuruf.) Gewiß, eine Aufhebung der unteren Stufe der Einkommensteuer für Einkommen von 420—660 Mark! Will ich unbedingt, schon weil diese kleinen Steuerzahler nicht einmal an unserer Verwaltung zunächst etwas zurückhaltung in einigen größeren Ausgaben möglich, auch hier und da größere Sparfamkeit, ebenso die Erhöhung der Einnahme aus anderen Quellen, Gebühren und Beiträgen, wie aus städtischen Betrieben. In erster Linie aber wird freilich immer die Erhöhung der direkten Steuern stehen bleiben. Redner man nicht von der Massenflucht guter Steuerzahler! Auch anderswo zählt man hohe Steuern, höhere wie in Breslau. Der Gesamtbeitrag der Gemeindesteuern ist pro Kopf und Jahr in Kagen, Altona, Greifswald ungefähr gleich hoch wie in Breslau, in Berlin, Elberfeld, Frankfurt a. M., Wiesbaden erheblich höher, ganz zu schweigen von außerpreussischen Großstädten wie Dresden, Leipzig, München, Stuttgart u. s. w. Die meisten unserer Steuerzahler sind mit wichtigen Lebensinteressen an Breslau gebunden, den Verlust einiger Renten, in die Stadt verzogener Gutsbesitzer u. dgl. werden wir ertragen können. Ich bitte Sie, meine Herren, eine besondere gemischte Kommission von Stadtverordneten und Magistrats-Mitgliedern zur Verabreichung der Frage zu bilden, wie Herr Professor S o m b a r t vorschlug, den Magistratsantrag auf Forterhebung der Schlachtsteuer aber unabweisend zurückzuweisen und damit der Kommission den rechten Weg zu zeigen, den Weg wirklicher Liberalität und Gerechtigkeit!

Stadtv. J o h n erkennt die schädlichen Wirkungen der Schlachtsteuer an und plädiert für allmähliche Aufhebung derselben. Redner fragt Professor S o m b a r t, was er zu einer Vertheuerung der Ziegel sagen würde, aber man muß doch die Sache praktisch ansprechen. Wenn die Stadtverordneten-Versammlung mit großer Mehrheit für die Aufhebung ist, dann wird der Magistrat damit gewiß einverstanden sein, doch von uns kann nicht ohne Weiteres ein Antrag auf Aufhebung ausgehen. Wir sind so schüchtern, daß wir Ihnen gern die Initiative verleihen. In Betracht kommt bei der Sache lediglich, was wir gegenwärtig machen. Die Frage eines Ersatzes für die Schlachtsteuer darf durchaus nicht jetzt mit allen möglichen Vorschlägen beantwortet werden. Als solche scharfsinnige Vorschläge erscheinen uns Dienstboten-, Fahrabgabe u. dgl. Redner ist der Ansicht, daß wir aus den Verbrauchsgegenständen gewiß mehr herausbringen müssen, aber das geht nicht gleich in den nächsten Jahren. Was die so sehr häufig gewünschte Steuerreform betrifft, können wir nicht nach den

Oberbürgermeister B e n d e r: Es ist keine Vorlage so wohl erwogen worden, wie die vorliegende. Ich bin nie ein Freund der Schlachtsteuer gewesen, trotzdem habe ich beantragt, dieselbe beizubehalten. Ich habe wohl Verständnis für die Dinge, die hier vorgebracht wurden, aber man muß doch die Sache praktisch ansprechen. Wenn die Stadtverordneten-Versammlung mit großer Mehrheit für die Aufhebung ist, dann wird der Magistrat damit gewiß einverstanden sein, doch von uns kann nicht ohne Weiteres ein Antrag auf Aufhebung ausgehen. Wir sind so schüchtern, daß wir Ihnen gern die Initiative verleihen. In Betracht kommt bei der Sache lediglich, was wir gegenwärtig machen. Die Frage eines Ersatzes für die Schlachtsteuer darf durchaus nicht jetzt mit allen möglichen Vorschlägen beantwortet werden. Als solche scharfsinnige Vorschläge erscheinen uns Dienstboten-, Fahrabgabe u. dgl. Redner ist der Ansicht, daß wir aus den Verbrauchsgegenständen gewiß mehr herausbringen müssen, aber das geht nicht gleich in den nächsten Jahren. Was die so sehr häufig gewünschte Steuerreform betrifft, können wir nicht nach den

